

Was hat der Empfänger eines Reichskredites vor und bei Auftragserteilung an Gewächshausfirmen zu berücksichtigen?

Die Auftragserteilung.

Die erhebliche Anzahl der vor dem Abjahr lebenden Verträge auf Errichtung von Gewächshaushäusern läßt es als notwendig erscheinen, auf die Wichtigkeit eines Fazit, auch die Interessen des Bestellens berücksichtigenden Vertragsinhaltes ausdrücklich hinzuweisen. Wenn es auch schwieriger nicht möglich ist, bei der Verschiedenartigkeit der Betriebslinien, insbesondere der Art und des Umfangs des jeweiligen Auftrages Normalverträge aufzustellen, so sollen doch nachstehende Ausführungen jedem einzelnen Mäntlinien dafür geben, wann und mit welchem Inhalt er seine Auftragserteilung vornehmen kann.

Hauptgrundlage hierfür ist ein bei der ausführenden Firma vorher einzuhaltender Kostenvertrag. Da nach den Richtlinien des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft in Verbindung mit der Zulassung der Dörfer angestrebt werden soll, die vom Reichsverband betriebene Ausführung des Gewächshaushaltens für Ernährung und Landwirtschaft zu fördern, um damit eine Herabsetzung der Anschaffungs- und Unterhaltungskosten der Gewächshaushalte herbeizuführen, so sind die diesbezüglichen Anträge unter Berücksichtigung der nachstehend empfohlenen Typen an die Gewächshausfirmen zu stellen. Der Kostenvertrag soll möglichst genau sein und gleichzeitig eine Zeichnung mit ausführlicher Beschreibung der Einzelteile, d.h. Voranschlag und Zeichnung dem Reichsverband vorgelegt werden dürfen.

Als Typen werden empfohlen:

Gartenhaus: Breite Weite 4 m, Satteldach im Winkel von 100°, Höhe bis Unterkante 2,50 m.

Tomatenhaus mit fester Verglasung: Breite Weite 9,10 m, Satteldach im Winkel von 130°, Höhe bis Unterkante 4 m.

Tomatenhaus mit aufgelegten Fenstern (Holländische Bauart): Breite Weite 2,80 m, Höhe bis Unterkante-Giebel 3,20 m.

Es empfiehlt sich hierzu nur die holländischen Einscheibenfenster zu gebrauchen.

Bezüglich der Nichtpreise und der Glasbeschaffung wird jedem Auftraggeber in seinem Interesse eine diesbezügliche Anfrage an die Geschäftsfirma empfohlen, gleichzeitig auf die nächste Rummel der "Gartenbauwirtschaft" verwiesen.

Die Auftragserteilung ist frühestens nach Eingang der Mittelstellung des Deutschen Gartenbau-Kredit-Unternehmens, daß der Kredit genehmigt sei, vorzunehmen. Die Kosten des Baues laut Voranschlag dürfen 75% des Kredites nicht übersteigen, sofern nicht für den Bau auch eigene Mittel zur Verfügung stehen, denn die restlichen 25% sind nach den Richtlinien als Betriebskapital und nicht als Baumittel vorgesehen.

Bei Auftragserteilung ist eine genaue Auflistung der Vertragshinrichtungen vorzunehmen, dabei sind insbesondere folgende Punkte klar zu regeln:

Preis der Anlage bei genauer Angabe der Einzelheiten, dieser und Zahlungstermine. Ausdrückliche Garantie für mangelfreie und rechtzeitige Ausführung des Auftrages.

Eine geeignete Unterlage für den im einzelnen möglichst umfassend schriftlich niedergelegten Auftrag bieten die nachstehenden, mit dem Verhant der Gewächshausindustrie vereinbarten allgemeinen Bieverbedingungen. Es empfiehlt sich, abweichende Bieverbedingungen entsprechend abzuändern. —ng.

Allgemeine Bieverbedingungen, aufgestellt vom Verbund der Gewächshausindustrie Leipzig gemeinsam mit dem Reichsverband des deutschen Gartenbaus e. V. Berlin.

1. Projekt: Beziehende Öfferten mit einholen Schätz, Durchschnitte, Katalogsendungen und dgl. erzielen kostenlos. Für ausdrücklich schriftlich verlangte detaillierte Projekte, Rechnungen, Kostenanträgen u. a. sind die Kosten nach dem Tarif des Verbands deutscher Ingenieur-Vereine zu bezahlen. Die betreffenden Tarifsätze sind dem betreffenden Auftraggeber vor Auffertigung der Pläne in jedem Falle bekanntzugeben, doch wird der Vertrag bei Auftragserteilung dem Bestellter gutgeschrieben.

2. Umfang der Lieferung: Die Verpflichtung der Firma bezieht sich auf die Lieferung der im Auftrag ausgeführten Teile ab Werk. Wenn auch die Aufstellung (Montage) übernommen wird, so wird sie als selbstständig berechnet. Geschäft behandelt (i. Punkt 6).

Die Rechnungen, Kostenanträgen und anderen Unterlagen behält sich die Firma das Eigentum und Urheberrecht vor; sie dürfen anderer nicht zugänglich gemacht werden und sind, wenn der Auftrag nicht zustande kommt, auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben.

Das Angebot gilt für einmaligen Grundentwurf aller Holz- und Eisenenteile, mit Ausnahme der Heizrohrleitungen. Verzinnte Teile ungfestrichen.

Bei einstündiger Zahlungsfähigkeit oder Zahlungsfeststellung des Kunden ist die Firma best. noch nicht gelieferter Waren und

anderer Aufträge zum Rücktritt vom Vertrage ohne Schadensersatzpflicht berechtigt, es sei denn, daß ausreichende Sicherheit oder Bürgschaft gesetzt wird.

3. Gewährleistung, Garantie: Für die Güte ihrer Waren übernimmt die Firma Gewähr auf die Dauer eines Jahres ab Lieferung derart, daß es alle Mängel, die aus Rohstoff- oder Konstruktions- oder Herstellungsfehlern beruhen, unentgeltlich behobt, wenn sie sofort nach Eingang der Ware oder Erkennbarwerden gestellt werden. Dafür kommen das Mindestrungs- und Wandlungsrecht in Frage.

Die Firma übernimmt für die Versendung bis Empfangsstation die Gewährleistung gegen Bruch, Diebstahl oder Feuer und erhebt dafür bei Glas und Eisenwaren 5%, bei allen sonstigen Waren bei Stückgutsendungen 2% und Waggonladungen 1½% des Nettopreisbetrages. Schäden sind sofort bei Empfang der Ware vom Empfänger durch bahnmalige Beklebung zu melden und nachzuweisen. Falls eine Versicherung nicht gewünscht ist, hat dies der Besteller rechtzeitig den Firma mitzuteilen.

Für Monteur und Helfer sind Wochen-

vorschüsse nach Anweisung der Lieferfirma zu gewähren. Für Belieferung der Werkzeuge für den Monteur und Helfer werden 7½ Prozent des für die geleistete Arbeit berechneten Preises in Rechnung gestellt. Die Belieferung von Kleinteilmaterial ist in diesem Satz einbezogen. Die Einholung der Baumaterialien ist Sache des Bestellers; er hat rechtzeitig und unentgeltlich zu stellen: Raum zur Aufbewahrung der Monteur- und Helferwerkzeuge, Rüstung, Belieferung, Wasser, Holz und Kohlen für die Feldküche und zum Probeheizen, gespannte und genügende Hilfskräfte, deren Versicherung bei Krankenfalle, Berufsgenossenschaft usw. keine Sache ist; bezgl. Ged., Mauerer, Stein- und Zimmerarbeiten, Pflegungen, Kanalabbindungen, Schlägen, Verputzen von Dächern, Rauchabzugsröhre, Klempnerarbeiten usw., soweit diese Leistungen nicht ausdrücklich im Angebot enthalten sind.

Besteller kostet für Lagerung und Sicherung der Materialien sowie der Werkzeuge ob Empfangsstation und auf der Baustelle. Er darf die Montagepapiere anzuhalten und diese bei der Kreise der Monteure nach erzielter Prüfung der Anlage unterschreiben zurückzugeben. Spätestens mit Abfertigung der Monteure und Helfer der Benutzung der Anlage gilt diese als ordnungsgemäß ausführbar und übernommen, sofern nicht der Besteller binnen vier Wochen der Lieferfirma (Gewächshaus) gegenüber etwaige Wankel schriftlich rügt. Das Recht aus § 557 Abs. 3 bleibt aufrichterhalten. Liefergebliebene Materialien sowie Werkzeuge sind vom Bestellter innerhalb zwei Wochen nach Monteur- und Helferbüro noch der Fabrik fraktfrei zurückzugeben. Erfolgt die Rücksendung durch den Besteller, so ist die Frist nicht erfüllt, so ist er zuvor in Besitz zu haben. Tritt wenn die Rücksendung auch dann nicht erfolgt, so werden die Materialien und Werkzeuge als geäußert, sie werden zu Tagelpreisen berechnet.

Die allgemeinen Bedingungen (siehe oben 1-5) gelten auch für die Ausstellung. 7. Schließung von Streitigkeiten: Besteht Ueber-Streitigkeiten, die zwischen Mitgliedern des Verbands der Gewächshausindustrie und Mitgliedern des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaus e. V. wegen Mängel und Schadensforderungen entstehen, entscheidet, soweit die landgerichtliche Jurisdiktionsfähigkeit gegeben ist, ein Schiedsgericht, für das der Lieferant und Besteller in einem Beilager ernennen, die sich auf einen juristischen Mann zu einigen haben; gegebenenfalls wird dieser abwechselnd vom Landgerichtspräsidenten Leipzig oder Berlin ernannt.

Das Schiedsgericht entscheidet auch über die Kosten und tritt nur dann zusammen, wenn jede der beiden Parteien die Hälfte der voraussichtlich erwachsenden Kosten vorschußweise zahlt. Dieser voraussichtlich erwachsende Vertrag wird vom Schiedsgericht bindend festgestellt. Erfolgt diese Vorschußzahlung nicht binnen 5 Tagen nach Aufforderung, so ist das Recht auf das Schiedsgericht verwirkt. Dasselbe gilt, wenn nicht mit Anerkennung des Schiedsgerichts die Partei, die Zahlung für Lieferung verweigert, den offenen Beitrag beim Reichsverband des deutschen Gartenbaus e. V. binnen einer Woche ab Ausstellung des Schiedsgerichts hinterlegt.

Mündliche Vereinbarungen: Mündliche Vereinbarungen beiderseits müssen schriftlich bestätigt werden, wenn sie gelten sollen.

Zur Beachtung!

Die Anträge zur Erlangung eines Reichskredites für den Frühgemüsebau sind in:

Baden an die Badische Landwirtschaftskammer in Karlsruhe, Seidenstraße 43, in

Oldenburg

bei dem Hochbauamt für Gartenbau der Oldenburgischen Landwirtschaftskammer, Oldenburg, Mars la Tourstr. 2, zu richten. Deutsche Gartenbau-Kredit-Unternehmensgesellschaft, gez. Fachmann, gez. Dr. Reischle.

RÜCKSTÄNDIGE BEITRÄGE

für das 1. Halbjahr 1926 und das 3. Vierteljahr 1926 werden vom

3. OKTOBER

ab durch Nachnahme letztmalig eingezogen. Wir empfehlen allen in Frage kommenden Mitgliedern, die vorgelegten Nachnahmen

EINZULÖSEN.

Schadenerstattung von Behörden wegen unrechtfertiger Auskunft.

Als das Versicherungsgeley für Angestellte in Kraft trat, meldete eine Fabrik zunächst ihre sämtlichen Angestellten zur Versicherung an. Im Februar 1913 erhält sie von der Auskunftsstelle des Rentenaußenausschusses Berlin die Auskunft, daß gewisse Gruppen ihrer Angestellten nicht versicherungspflichtig seien. Für diese wurden deshalb keine Versicherungsbeiträge mehr abgeführt. Im Oktober 1915 forderte die Reichsversicherungsanstalt die Klägerin auf, die bisher nicht versicherten Angestellten nachträglich zu versichern, und die Versicherungsbeiträge für die Vergangenheit nachzuholen. Die Firma zahlte darauf etwa 8000 M. Versicherungsbeiträge nach, ohne daß sie die auf die Angestellten entfallende Beitragsschäfte nachträglich einzahlen konnte. Sie hat deshalb Klage gegen die Reichsversicherungsanstalt auf Erlass von rund 4000 M. erhoben und im Laufe des Rechtsstreits aufgewertet 4500 M. verlangt. Die Klage gründet sich auf Schuldschafe solche Auskunftserteilung. — Das Landgericht Berlin erkannte nach dem Klageantrage, das Kammergericht zu Berlin auf Abweisung der Klage. Auf die Revision der Klägerin hat das Reichsgericht das Urteil des Kammergerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Kammergericht zurückverwiesen. Aus den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen geht hervor, daß die Klägerin den Schadenerstattungsanspruch allerdings nicht auf vertretliches Verhältnis stützen kann, daß das Kammergericht aber die außervertretliche Postung der Belegschaft zunächst verneint habe. Hier sei die Heranziehung des Gesetzes über die Postung des Reichs für seine Beamten gegeben. Sofern der Sekretär R. bei Errichtung der stetigen Auskunft eine schuldhafte Amtsmissverleidung begangen hat, trifft die Verantwortlichkeit fast sicherlich die Poststelle. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Sache durch das Kammergericht von neuem zu prüfen. (III 516/24. — 30. Oktober 1925.)

Belämmnung

betreffend Reichskredite für Gewächshausanlagen in Hessen.

Unter Hinweis auf die bereits veröffentlichten Richtlinien bitten wir Interessenten, unter Beachtung der in den Richtlinien genannten Bedingungen Anträge auf Gewährung von Dörfern bei der unterzeichneten Kammer zu stellen. Es wird gebeten, die erforderlichen Auftrags- und Kreditformulare, soweit letztere nicht schon durch die Gartenbau-Kredit-Unternehmensgesellschaft, Berlin, bezogen sind, vor der Antragstellung von der Landwirtschaftskammer einzufordern.

Als Anmelbedingung für die Anträge ist der 15. Oktober 1926 vorgesehen, wobei nicht rechtzeitig greifbare Unterlagen und Bescheinigungen innerhalb einer bestimmten Frist nochgestellt werden können.

Als die für die Schöpfung zuständigen Stellen nach § 557 Abs. 5 der Richtlinien sind die Richtergerichte bestimmt.

Landwirtschaftskammer für Hessen
ges. Hensel.

Rechtsmittelentscheidungen

sind das weitwollte Hilfsmittel zur günstigen Förderung eingeleiteter Rechtsmittelverfahren. Deshalb wird die Hauptgeschäftsstelle bei dem bestimmt, welche Rechtsmittelentscheidungen der Steuerbehörden sowohl auf dem Gebiete des Reichs als auch auf dem Gebiete des Landessteuerrechts zu sammeln und für die Mitglieder zur Durchsetzung ihrer Ansprüche bereitzuhalten. Wir bitten alle Mitglieder, die Hauptgeschäftsstelle in der Sammlung dieses Materials durch Übermittlung aller in ihren Händen befindlichen Rechtsmittelentscheidungen zu unterläufen, ganz gleich, ob die Entscheidungen günstig oder ungünstig ausgefallen sind. Urchristlich eingeladene Entscheidungen werden den Einzelnen nach Abschriftnahme losgelöst wieder zugestellt. Der Reichsverband ist auch bereit, den Einzelnen die mit der Beschaffung und Einwendung der Entscheidung verbundenen Kosten zu erheben.